

Freiburger Universitätsblätter

Herausgegeben
im Auftrag des Rektors
der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg

Heft 207
März 2015
54. Jahrgang

Inhalt

Günter Schnitzler	Stichworte zum Heft	5
Ulrich Bröckling	Optimierung im Wettbewerb Die Arbeit des unternehmerischen Selbst	9
Joachim Boldt	Effizienz, Gerechtigkeit, Fürsorge? Von den Zielen medizinischen Handelns	21
Jürgen Kaube	Soziale Zahlen	31
Uwe Pörksen	»Wir sind keine Kunden, die Universität ist kein Unternehmen.«	43
Joachim Nettelbeck	Bologna und Employability	53
Dietmar J. Wetzel	Verordnete Wettbewerbe und Ökonomisierung – die (Neu-)Geburt der Universität Bern	67
	Die Autoren dieses Heftes	87
	Werkstatt VII	88
	Universitätsnachrichten	89
	In memoriam	92
	Geburtstage	96
	Vorstellungen	97
	Rezensionen	99

Soziale Zahlen

1.

Es ist keineswegs einfach zu bestimmen, was »Ökonomisierung der Bildung« eigentlich bedeutet, weil es ganz unklar ist, was in diesem Zusammenhang »Ökonomie« heißen soll. Manchmal wird auch der Ersatzausdruck »Kommerzialisierung« verwendet. Da hat man auf der einen Seite die Existenz von Märkten, und wenn etwas auf einem Markt stattfindet, dann handelt es sich offenkundig um ein Wirtschaftsgeschehen oder um ein ökonomisiertes Geschehen. Nicht genau das Gleiche meint ein Begriff von Ökonomie, der hineinspielt, wenn man Preise sieht oder wenn Kosten berechnet werden oder Gewinne anfallen. Und man hat schließlich sehr allgemein, mit einem Max Weber-Ausdruck, den Begriff »Rechenhaftigkeit« als Anzeige für ökonomisches Verhalten, wenn also rational mit Preisen, Kosten, Zinsen, alternativen Investitions- oder Konsummöglichkeiten kalkuliert wird. Von Ökonomisierung ist dann die Rede, wenn irgendein Bereich, in dem das vorher nicht geschah, unter solchen Aspekten behandelt wird.

Nun ist es relativ leicht zu zeigen, daß nicht jede Bepreisung eines Gegenstandes automatisch die Ökonomisierung in einem kritischen Sinne bedeuten muß. Als Beispiel dafür mag der Kunstmarkt dienen: Es ist ganz normal, daß eine Reihe von Bildern Preise haben. Die meisten haben natürlich keine Preise, weil sie unverkäuflich sind, und zwar entweder unverkäuflich, weil sie in Museen hängen, oder unverkäuflich, weil sie niemand haben möchte. Aber diejenigen, die Preise haben, werden auf dem Kunstmarkt gehandelt. Man kennt die entsprechenden phantastischen Meldungen, die Zahlen, die da eine Rolle spielen.

Bedeutet nun aber die Existenz eines Kunstmarktes die »Ökonomisierung der Kunst«? Wahrscheinlich würde man dies in einem informativen Sinne erst dann sagen können, wenn die Künstler oder die Betrachter selber sich an solchen Preisen orientieren würden, wenn also die Kunstproduktion selbst Rücksicht darauf nehmen würde, mit welcher Art von Bildern Gewinne erzielt werden können und mit welcher nicht. Wenn sie also versuchten, ökonomisch erfolgreich zu malen, oder wenn diejenigen Bilder als die interessantesten gälten, die den höchsten Preis erzielt haben. Erst dann würde man vielleicht sagen, es handele sich um einen Vorgang der Kommerzialisierung des Kunstgeschehens. Die bloße Tatsache, daß ein Bild einen Preis hat, wäre, denke ich, allein noch keine Ökonomisierung der Kunst.

Ähnlich würde das auch für den Markt gelten. Der Markt wird auch sehr gerne als Metapher verwendet, und dann liegt oft der Übergang zu einer Ökonomisierungs- oder Kommerzialisierungsthese nahe. Als Beispiel mag das Wort Heiratsmarkt dienen. Es gibt Soziologen, die behaupten, das Heiratsverhalten könne man als Marktverhalten

beschreiben, weil die Leute sich anbieten. Empirische Grundlagen dafür werden dann auf Dating-Websites oder in Heiratsannoncen gefunden, in denen die Leute für sich eine Art intimer oder persönlichkeitsbezogener Reklame machen. Also handelt es sich um einen Markt, es gibt Angebot und Nachfrage, und dies bedeute eine Art Ökonomisierung der Paarbildung oder der Ehe.

Aber auch in diesem Feld sollte man vielleicht schnelle Urteile vermeiden. Denn es ist zwar offenkundig, daß Paarbildung mit dem Wort »Partnerwahl« belegt werden kann und daß dies ein wenig wie Einkaufen klingt. Wenn man aber genauer hinschaut, dann zeigt sich, daß diese Partnerwahl die merkwürdige Eigenschaft hat, daß zwei Akteure einander wählen. Dies ist zweifellos eine sehr untypische Handlungsweise für normale Märkte, denn im Regelfall bedürfen die Waren und Dienstleistungen nicht der Zustimmung. Das Angebot wird gemacht, der Konsument greift zu, die Transaktion findet statt – aber die Waren werden nicht gefragt, sie stehen einfach nur ganz ruhig da und werden gewählt. Und es ist relativ sicher, was der Gegenstand der Transaktion ist. Jeder kann das leicht mit den eigenen privaten Erfahrungen abgleichen und den Unterschied zwischen Paarbildungsverhalten und Marktverhalten bestimmen. Was wären außerdem in der Liebe oder auch nur eine Nacht lang die »terms of trade«? Man verwendet in diesem Zusammenhang tatsächlich zuweilen die Semantik, die auf einer Art von internationalem Tauschverhältnis aufruht: Er liebt sie mehr als sie ihn, aber das ist letztlich auch nur ein merkwürdig unbestimmter Text, der sogleich das bei Investitionsfragen stets gegenwärtige Problem aufruft, wie man dies eigentlich messen will: Kann man sich darüber einigen, daß die Paarbildung jetzt zu teuer oder etwa allzu günstig war? Rechenhaftigkeit scheitert hier sehr schnell.

Ich weise auf diese entlegenen Beispiele, auf die ich nicht zurückkomme, nur deshalb hin, um zu zeigen, daß man eine Ökonomisierungsthese nur dann vortragen sollte, wenn man sich den Gegenstand sehr genau angeschaut hat und unabhängig von Metaphern oder von der etwas diffusen Vermutung, hier sei etwas nicht in Ordnung, ein Urteil fällt. Ungeprüft kommt man rasch zu solchen Vorwürfen der Ökonomisierung; weil Wirtschaft zurecht irgendwie nach Ungleichheit, Rechenhaftigkeit irgendwie nach Kälte, Markt irgendwie nach Schutzlosigkeit klingt, und das umgekehrt die Aussage bestärkt, daß das, was in unserer Gesellschaft nicht in Ordnung ist, auf den Kapitalismus zurückzuführen ist. Der Kapitalismus ist nicht angenehm, also verdankt sich alles Unangenehme der Kommerzialisierung – es ist leicht zu sehen, was an diesem Schluß falsch ist, und was mindestens vorauszusetzen wäre, damit er richtig würde: daß nämlich der Kapitalismus alles ist.

2

Richten wir unter diesen Voraussetzungen den Blick auf die Bildung, und wenn in diesem Felde sowohl Beispiele aus dem Bereich Schule und aus dem der Hochschule angeführt werden, dann weist dies darauf, daß die Unterschiede zwischen beiden Einrichtungen für diese Art von Analyse zunächst nicht so entscheidend sind. Worum handelt es sich bei Bildung, Lehre, Forschung, Erziehung? Vielleicht ist dies nur eine rhetorische Frage, denn irgendwie spielt alles eine Rolle, was in Hochschulen und Schulen stattfindet. Vielleicht ist sogar dasjenige, was zunächst ins Auge fällt, die im-

mense Personengebundenheit in der grundsätzlichen Aktivitätsstruktur solcher Einrichtungen. Man kann Bildung sehr schlecht technologisieren: Zwar kann man technisch einwirken, auch fördern, wenn man etwa einen Beamer einsetzt, aber das, was man sagt und vor allem der daraus möglicherweise resultierende Erfolg bei den Lernenden ist schwer technologisierbar. Es ist eben nicht wie beim Brückenbauen: Es gibt keine Bildung ohne Beteiligung derjenigen, die ihr ausgesetzt werden oder die an ihr teilhaben. Der Bildungsbegriff im Deutschen hat genau darin seinen Sinn, daß sich Bildung nicht von außen auf einen zu Bildenden bezieht. Wenn das Kind nicht erzogen werden will, hat die Erziehung Schwierigkeiten, jedenfalls was ihren Erfolg angeht. Das gilt auch für Studierende, die sich beteiligen müssen, und genau dies macht ja solche Kapriolen wie die Abschaffung der Anwesenheit an Universitäten zu einem anspruchsvollen Projekt, das die Abschaffung der Universität selbst bedeuten könnte. Es gehört also irgendeine Art der Beteiligung, Interaktion, Präsenz und damit ein Mindestmaß an Übereinkunft dazu, um das, was hier stattfindet, sinnvoll werden zu lassen. Diese Art von wechselwirkender Produktion ist an den Hochschulen sicherlich noch wichtiger als an den Schulen, denn bis etwa zum 16. Lebensjahr kann der Lehrer zu den Schülern nicht sagen: »Ihr könnt ja gehen!«, denn gerade das können sie nicht. Später kann man, wenn jemand nicht mitmacht, sehr wohl auf Freiwilligkeit und eine Art impliziten Vertrag wechselseitigen Interesses hinweisen.

Damit unterscheidet sich die Lehr- und Lernsituation grundsätzlich von einer, in der Produkte hergestellt werden. Produkte beteiligen sich nicht an ihrer eigenen Herstellung. Soziologen würden sagen, es handele sich im Unterschied zu normalen technischen Berufen um eine Situation professioneller Arbeit: Man hat eben mit Klienten zu tun, die ein Problem haben, das sie selbst betrifft, und nicht einfach mit Kunden. So ist es etwa auch beim Arzt, bei dem man als Klient oder Patient mitmachen muß, weil es ansonsten in den meisten Fällen keine Heilung gibt. Auch in der Zusammenarbeit mit dem Anwalt ist das Verhältnis nur so sinnvoll zu gestalten: Wenn der Klient nicht mitarbeitet, hat der Anwalt Schwierigkeiten bei seiner Vertretung vor Gericht. Das ist beim Kauf eines Anzugs anders: Dabei muß der Käufer zwar insofern aktiv werden, daß er das Kleidungsstück anprobiert, aber dies ist im Prinzip eher ein technischer Vorgang oder ein Geschehen auf der Geschmacksebene, und deswegen hat sich Kleiderverkäufer nie zu einer Profession entwickelt. Es spielt zwar auch hier eine Rolle, daß Personen beteiligt sind, aber die Beiträge der Kunden sind sehr viel bescheidener. Dieses Beispiel ist gerade im Hinblick auf das Stichwort Ökonomisierung wichtig. Gerade von Ökonomisierungsbefürwortern, die es ja auch gibt, werden diese eng gesetzten Grenzen einer Analogie zwischen Produktion und professionellem Verhalten, nicht gesehen. Sie beschreiben die marktwirtschaftliche Ökonomie als effizient, wohlförderungsfördernd, informationseinsammelnd, rational und schließen daraus, daß auch die Hochschule ökonomisiert werden soll, weil dasjenige, was für Himbeersaft oder Erdöl gut ist, auch mit der Bildung gut gehen muß. Auf diese Weise wird der Student zum Kunden. Aber genau das ist er nicht, weil er in hohem Maße, deutlich stärker als in vielen anderen ökonomischen Beziehungen, am Erfolg der Transaktion beteiligt ist. Die Ware wechselt hier nicht einfach den Besitzer, sondern es handelt sich um einen Aneignungsvorgang in einem ganz anderen Sinne als beim Einkauf.

Ein zweiter wichtiger Gesichtspunkt sei erwähnt. Bei Bildung handelt es sich um einen Vorgang, der in vieler Hinsicht durch das charakterisiert ist, was die Ökonomen als externe Effekte bezeichnen. Ein Referent hat, zum Beispiel, beim Vortragen sehr viel davon, daß die Hörer irgendwie erzogen worden sind, ja, recht eigentlich können diese nur deshalb im Hörsaal sein, weil sie erzogen worden sind, andernfalls, also ohne Durchlaufen von Schulen und Studieren an einer Universität, wäre niemand von den Hörern auf den Gedanken verfallen, den Vortrag zu besuchen. Und wenn die Hörer den Ausführungen folgen können, dann hängt das auch damit zusammen, daß sie im weitesten Sinne gebildet sind. Eine solche Vortragssituation, die keine Austauschbeziehung im direkten Sinne und erst recht keine ökonomische ist, kommt also nur zustande, weil die Beteiligten erzogen worden sind und über Bildung verfügen.

In den Preisen für Bildung – Studiengebühren, Finanzierungskosten der Universität usw. – ist nicht enthalten, daß eine ganze Gesellschaft davon lebt, daß es Bildung gibt. Man kann auf der Grundlage der Humankapitaltheorie versuchen, den individuellen Nutzen, den jemand davon hat, daß er sich erziehen oder bilden läßt oder studiert, zu quantifizieren. Es sind dazu ökonomisch aufwendigste Rechnungen und Modellbildungen nötig, um diese sogenannte Humankapitalrendite zu ermitteln. Man prüft dann z.B. bei jenen Vortragshörern in zehn Jahren, wie sich deren Gehälter von denjenigen unterscheiden, deren Bezieher nicht an der Universität waren. Dann kann man eine Verzinsung ausrechnen, die sich etwa daraus ergibt, daß die Studierenden darauf verzichten, sofort vollständig auf den Arbeitsmarkt zu treten, also durch Konsumverzicht in ihre Zukunft investieren. Dies führt übrigens wieder zur eben angesprochenen Frage nach der Anwesenheit zurück: Wenn die Studierenden während des Studiums Einkommen erzielen, dann konkurriert das unweigerlich mit der Bildung, und das gilt natürlich auch dann, wenn das Einkommen gar nicht der Finanzierung des Studiums dient, sondern dem Freizeitkonsum oder der Kontaktaufnahme zu späteren Arbeitgebern.

Bildung als Humankapital hat die Eigenschaft, daß die Renditen nicht nur schwer berechenbar sind, da sie nicht nur privat anfallen, sondern daß sie hochgradig ungewiß sind. Gerade das aber war immer schon, selbst bei Wilhelm von Humboldt, liest man ihn soziologisch, ein Argument für Bildung: Man muß sich bilden, weil man sich auf eine Zukunft vorbereitet, die unbekannt ist, auch was die eigene ökonomische Situation in der Zukunft angeht. Deswegen hält man es aus, Fächer zu studieren, die wenig mit Berufen zu tun haben.

Aber hält man es überhaupt aus? Laut Umfragen fordern Studenten mittlerweile, das Studium müßte mehr mit Berufen zu tun haben, und es gab zuletzt jenen Vorfall mit der Schülerin, die klagend getwittert hatte, daß sie an der Schule nichts über Mietverträge, aber viel über Gedichtinterpretation gelernt habe. Wenn man, wie ich, aus Frankfurt kommt, ist natürlich unklar, welche jungen Leute in die Verlegenheit kommen, lange darüber nachdenken zu müssen, ob sie einen Mietvertrag unterschreiben. Wenn dort überhaupt ein Vertrag mit bezahlbarer Miete vorgelegt wird, wäre die Unterrichtseinheit sehr kurz: einfach unterschreiben. Das wiederum bekommt man durchaus auf der Schule beigebracht: 1000 minus 450 ergibt 550.

Die weitergehende Vorstellung, daß die Schule oder Universität jemanden auf das künftige Leben vorbereiten soll, ist eine sehr sinnvolle Vorstellung, aber das tun sol-

che Einrichtungen gerade dadurch, daß sie eben nicht auf Berufe vorbereiten, weil fast niemand weiß, in welchem Beruf man landet und nicht einmal, welche Berufe es überhaupt gibt. Als ich Wirtschaftswissenschaften studiert habe, dachte ich eigentlich, daß es dabei in erster Linie um Wirtschaft geht, darum geht es aber nicht, sondern zumeist um zweitklassige Mathematik. Man täuscht sich einfach, und dann bleibt man entweder trotzdem dabei oder bricht ab. Der ganze Sinn des Studiums besteht eben nicht darin, einen Kaufmann oder Manager auszubilden, was immer das auch sein soll, sondern man will und soll die Studierenden, die über eine Basisintelligenz verfügen, für die zukünftige Ungewißheit wappnen und mit Grundwissen in Grundverfahren ausstatten. Das kann zweifellos geschehen durch ein Studium der Wirtschaftswissenschaften, aber etwa auch durch ein Studium der Biologie, der Archäologie oder des Japanischen. Eigentlich wissen nur die Zahnmediziner, was sie später machen. Die anderen wählen ihre die Fächer aufgrund ihrer Neigungen, aufgrund von Vorurteilen über sie, aufgrund falscher oder auch richtiger Selbstbeschreibungen, aufgrund von Mythen über die Fächer und die Berufe – letztlich ist dies ein Gemisch an Motiven, das im Sinne einer rationalen Wahl von Karrieretechnologien sehr willkürlich wirkt, im Sinne eines Bildungsvorganges aber gar nicht zu vermeiden ist.

Zuweilen versuchen dann Ökonomen eine gewisse Ordnung und Berechenbarkeit in diese Ermittlungsmöglichkeiten von Humankapitalrendite einzubringen, wenn sie etwa darauf verweisen, daß Absolventen der Universitäten mehr verdienen werden als solche von Fachhochschulen. Aber die allermeisten wohlhabenden Leute sind nicht promoviert worden, viele davon – denken sie an mittelständische Unternehmer, Fußballspieler, Bill Gates und Rihanna – waren nicht einmal an einer Universität oder nur kurz und zufällig, und nach Maßstab der Universität zählten sie nicht einmal zu den Besten. Das macht übrigens auch manche Eliteuntersuchung des Darmstädter Soziologen Michael Hartmann so komisch, der ausrechnet, daß etwa die besten Absolventen gar nicht in den Vorständen der Unternehmen landen. Soziologisch gesehen, ist das aber ziemlich erwartbar, es wäre geradezu kurios, wenn es anders wäre: Es gibt doch eigentlich nichts Fiktiveres als eine Abschlußprüfung des Jurastudiums. Warum sollte Prüfungserfolg für ein Unternehmen ein ausschlaggebendes Kriterium sein?

In Bezug auf die Außenwelt und den möglichen Beruf unternimmt man an der Universität sehr wenig übertragbare Dinge, und das ist eigentlich eine gute Botschaft, die keineswegs irritieren soll. So liest man etwa im Studium viel – draußen hingegen wird vor allem telefoniert und gemailt, während in den meisten mir bekannten Unternehmen nicht viel gelesen, höchstens mal über ein paar Seiten drübergeschaut wird. Oder nehmen wir die Humankapitalrendite von BWL-Vorlesungen. Aus eigener Erfahrung möchte ich sagen, daß die Pointe davon keinesfalls Kenntnis von unternehmerischen Berufswelten gewesen sein kann, eher vielleicht die Fähigkeit zum auch später nützlichen Ertragen von merkwürdigen Sitzungsstrukturen mit Power-Point-Vorträgen und einer merkwürdigen Semantik, denn man lernt an der Universität nicht zuletzt Duld-samkeit und das Beobachten von Situationen mit hoher interner Eigenlogik.

Ein dritter und letzter Punkt für die Kurzbeschreibung dessen, was Bildung eigentlich ist, schließt an diese Überlegungen an. Von der Außenwelt der Universität aus gesehen, ist das, was an dieser Institution geschieht, aus der Perspektive der ökonomischen Signaltheorie das Produzieren von Signalen. Natürlich fragt sich dann mancher

Betrachter, ob es nicht gesellschaftliche Verschwendung ist, daß dort derart merkwürdige Sachen gelehrt und erarbeitet werden. Da gibt es in der Germanistik etwa ganz komplizierte Theorien und deren Anwendungen auf Texte, und dies sind Dinge, die nicht mal der Deutschlehrer wirklich braucht und auch empirisch mag es nicht nachvollziehbar sein, in welchen Zusammenhängen dies stehen könnte. Wenn man also wirklich »kausaltechnologisch« Deutschlehrer produzieren wollte, dann würde man gewiß nicht die allzu komplizierte Germanistik erfinden, in deren Studium man sich mit Dingen beschäftigt, die man in der Schule gar nicht unterbringen kann wie etwa Rezeptionsästhetik oder Dekonstruktion.

Wieso macht man das trotzdem an der Universität? Eine naive, schlichte, aber ganz gute ökonomische Theorie gibt folgende Antwort: Man studiert dies, weil es anstrengend ist, und dabei sieht man, welche Art von Anstrengung man bewältigen kann. Wenn man unter dieser Voraussetzung dann etwa im Felde der Rechtswissenschaft erfährt, daß dort jemand, was praktisch nicht oder extrem selten vorkommt, das Staatsexamen mit »1« abgeschlossen hat, dann weiß man zwar nicht, ob der Kandidat ein guter Anwalt ist, aber man weiß, daß er extrem belastbar ist. Das ist der Grund, warum die Investment-Häuser Physiker einstellen, weil sie wissen, daß Physiker gelehrt haben, während ihres Studiums in komplizierten, fast sinnlos erscheinenden Zusammenhängen die Nerven nicht zu verlieren und irgendwie logisch zu bleiben. Man könnte mühelos für viele Studiengänge einen derartigen Text produzieren. Dies betrifft dann alles eine Bildung im weitesten Sinne.

Natürlich gibt es aber auch noch Fachkomponenten und technische Qualifikationen, die vermittelt werden, denn, so sagte einst ein deutscher Hochschulrektor: »Von einem Bachelor lasse ich mich nicht operieren.« Merkwürdigerweise werden diese Qualifikationen aber oft nicht im Studium, sondern erst nach dem Studium erworben; man kann ja vorher nicht wirklich operieren, denn wer läßt denn zu, daß dies ein Student an einem erprobt und lernt. Selbstverständlich also gibt es technische Qualifikationen und Staatsprüfungen; auch Architekten lernen, was man und was man nicht aus Holz bauen kann, wie die Germanisten lernen, daß Novalis vor Goethe gestorben ist und diese Daten kann man dann abrufen. Dies ist zwar keineswegs unsinnig, aber es ist nicht der Kern der Sache. Mithin hat man in »Bildung« ein etwas merkwürdiges Produkt: Personen sind beteiligt, es ist in den meisten Fällen nicht wirklich eine Technologie, es bereitet nicht konkret auf Berufe vor, ist irgendwie diffus, und es hat vor allem so eine Art Signalcharakter nach außen, wenn die Noten stimmen.

3

Hier nun ist ein großes »wenn« und der Übergang zum Thema der sozialen Zahlen angebracht, denn wenn die Durchschnittsnote an deutschen Universitäten »1,8« ist, dann verlieren diese Zahlen für die Außenwelt an Informationswert. Man muß die Frage stellen, warum denn trotz dieses Qualitätsverlustes des einzigen »Produkt«, der Zertifikate nämlich, der Eindruck einer zunehmenden Ökonomisierung aufkommt. Mir scheint dieser Eindruck durch die vielen sozialen Zahlen zu entstehen, die inzwischen im Bildungssystem eine derart große Rolle spielen. Das sind nicht nur die Noten, die diese Funktion schon immer ausgeübt haben, sondern etwa ECTS-Punkte,

Ranking-Plätze, Drittmittelinwerbung, Workload, Citation Index, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Bei Berufungen spielen solche komplizierten Rechnungen eine Rolle, wenn man etwa aus der Häufigkeit des Zitiertwerdens eines oder mehrerer wissenschaftlicher Texte eines Bewerbers auf deren Qualität schließen und diese errechnen will. Es gibt eine Fülle von Meßverfahren, und zwar sowohl im Bildungsverlauf, also die ECTS-Punkte und Noten, als auch in der gesamten Organisation des Bildungswesens. Ganze Universitäten werden in ziemlich abenteuerlichen Verfahren geranglistet, – ein absurdes Vorgehen, wenn man einmal darüber nachdenkt, wer oder was denn eigentlich die Universität ist, die man da »rankt«. Ich nehme an, daß es auch in Freiburg wie in anderen Universitäten Fachbereiche gibt, die sehr intakt sind und welche, die es nicht sind, und sie alle finden sich nun gemeinsam aufsummiert und in Listenform gebracht. Das hat dann beispielsweise den seltsamen Effekt, daß jemand, der die Exzellenzauszeichnung einer Universität als ganzer ernst nimmt, den größtmöglichen Fehler begehen kann, wenn er dort ein Fach studieren will, das gerade deshalb, weil andere Fächer die Exzellenz »beschafft« haben, dort unter Druck gerät oder gar abgebaut wird.

Die Universität ist dabei keineswegs ein Sonderfall, in dem mit solchen Kennziffern, die die Qualität von irgendetwas ausdrücken sollen, operiert wird. Man begegnet sozialen Zahlen ständig auch im täglichen Leben, auf jeder Orangensaftflasche kann man lesen, daß der Inhalt den täglich nötigen Bedarf an Vitamin B2 mit 60 % deckt – und dies ist ein Beispiel dafür, daß auch vorgeblich naturwissenschaftliche Zahlen eine soziale Komponente haben, weil die Personen, an die sie adressiert sind, weder wissen können, wie sie ermittelt wurden, ob sie exakt sind, worauf sie sich genau beziehen, wie man sie interpretieren könnte. Wer weiß schon, was Vitamin B2 ist, inwiefern es einen täglich benötigten Bedarf daran gibt und ob der nicht schon gedeckt ist, bevor man zur betreffenden Flasche greift?

Mit solchen Zahlen, die eigentlich fast niemand interpretieren kann, oft nicht einmal diejenigen, die sie hergestellt haben, wird unsere Gesellschaft überzogen. Es gibt inzwischen eine Menge von internationalen Organisationen, die nichts anderes macht, als solche sozialen Zahlen herzustellen. Im Bildungsbereich ist in dieser Beziehung etwa die OECD sehr prominent. »Bildung auf einen Blick« ist der Titel einer Publikation, die einmal im Jahr erscheint und über die 34 OECD-Länder berichtet. Darin erscheint die Bildung als ein reines Zahlenwerk, z.B. wie viele Leute eines Jahrgangs studieren und daraus werden dann Empfehlungen abgeleitet, zu wenige, zu viele oder man ist über oder unter dem Durchschnitt. Das Pisa-Konsortium, ein weiteres prominentes Beispiel, ist inzwischen zu einer riesigen Organisation gewachsen, die ständig Zahlen über Schulen produziert.

Vielleicht könnte man sagen »Was soll es, laß sie doch messen«. Das Problem ist jedoch nicht nur, daß wichtige Komponenten – dessen, worum es an Schulen und Universitäten geht, nicht zu messen sind. Das mindestens so ernste zweite Problem liegt darin, daß die Schweine vom Wiegen doch fetter werden. Denn anders als das Sprichwort will, führt nur das Wiegen vor dem Verkauf dazu, daß der Bauer die Schweine auf bestimmte Weise ernährt. Das Messen führt also zu einer Veränderung des Verhaltens desjenigen, der über den gemessenen Sachverhalt entscheidet. Soziologen – es waren zwei Amerikaner vor etwa zwanzig Jahren, die die ersten Untersu-

chungen über die Folgen von Rankings anstellten – haben das in den Begriff »Reaktivität« gefaßt. Kleinste Meßunterschiede zwischen Fakultäten führen beispielsweise zu Rangdifferenzen, und Rangdifferenzen lösen extreme Bewegungen bei den Neuankömmlingen aus, die in großer Zahl an den besser platzierten Fakultäten studieren wollten. Darauf wiederum reagieren die Fakultäten oder Universitätsleitungen. Die Gesichtspunkte der Messung werden unabhängig davon, wie sinnvoll sie sind, zu Gesichtspunkten der Organisation – ich vermute fast, sie kennen das von der eigenen Universität.

Jedenfalls kennt man diese Reaktivität aus dem Bereich der Pisa-Ergebnisse. Gerade hier reagierte man darauf, daß die Finnen, Kanadier und Koreaner irgendwo oben im Ranking platziert waren und Deutschland nur unscheinbar in der Mitte. Das konnte natürlich so nicht bleiben und mußte als Urteil über das deutsche Schulsystem gedeutet werden, auch wenn beispielsweise die Unterschiede zwischen Kanada, Finnland und Deutschland sehr viel geringer sind, als diejenigen zwischen Bremen und München oder, noch besser, als diejenigen zwischen der besten und der schlechtesten Bremer oder Münchner Schule. Wenn man also nur die Rankingzahlen sieht und die Anhänge nicht liest, dann denkt man vielleicht, daß Kanada oder Finnland doch ganz weit weg sind, in Wahrheit aber ist die Schule gegenüber ganz weit entfernt. Das könnte man nun aufklären, könnte und müßte dann die Zahlen, gegen die insofern nichts zu sagen ist, richtig interpretieren.

Hier liegen nun schwierige Aufgaben, nämlich diese Zahlen richtig zu interpretieren, wenn sie denn überhaupt interpretierbar sind. Und genau das ist ein großes Problem vieler sozialen Zahlen, daß sie einfach uninterpretierbar sind. Das können Beispiele eindrücklich belegen. Eines schließt an das an, was zuvor schon als Reaktivität erläutert wurde: Was mißt man eigentlich, wenn man das Publikationsverhalten eines Wissenschaftlers mißt? Mißt man sein Publikationsverhalten oder mißt man sein Publikationsverhalten unter der Bedingung, daß er weiß, daß es gemessen wird? Einen solchen Effekt kann man sich relativ leicht klar machen an dem Unterschied zwischen dem Schreiben von dreißig Aufsätzen und dem dreißigmaligen Schreiben desselben Aufsatzes. Man kann sich die Folgen an deutschen Universitäten sehr gut vorstellen, wenn man die Weisung erteilte, die Wissenschaftler müßten im Blick auf irgendwelche Rankings möglichst viele zitierfähige Aufsätze produzieren. Natürlich weisen dann über kurz oder lang viele Forscher schon im Alter von Mitte dreißig stattliche Bibliographien vor. Doch soll man wirklich annehmen, daß es sehr viele Wissenschaftler gibt, die in ihrer späten Jugend schon Aberdutzende von Beiträgen zur Erkenntnis geleistet haben?

Ein anderes Beispiel: Viele Zitationen, die ja so eine Art Währung bei der Qualitätsmessung von Aufsätzen darstellen, zeigen, daß der Zitierende die zitierten Werke gar nicht gelesen hat. Denken Sie an Verweise wie: »siehe Aristoteles 2005a«. Natürlich kann man mit einer solchen Fußnote gar nichts anfangen, denn es ist ja nicht zu erwarten, daß man nun »Peri hermeneias« liest, nur um herauszufinden, worauf hier verwiesen wurde. Eine solche Fußnote ist also sinnlos, zumal das darin enthaltene implizite Lob des Aristoteles diesem nun wirklich nicht mehr hilft, weil er nicht unter Drittmittelzwang steht. Was soll auf dieser Basis eine Zitationshäufigkeit belegen? Der Soziologe Andrew Abbott hat in einer Untersuchung zu seinem eigenen Buch »The

System Professions«, einem Klassiker der Berufssoziologie, das noch deutlicher gemacht: Jahrzehnte nach Erscheinen seiner Arbeit hat er geprüft, wofür er denn zitiert wurde und wird. Dabei mußte er feststellen, daß die überragende Menge aller ihn betreffenden Zitate ihn entweder für Behauptungen zitiert, die in seinem Buch attackiert werden, oder für solche, die nicht er aufgestellt hat, sondern die er seinerseits zitiert hat. Nur ein kleiner Prozentsatz der Zitate läßt erkennen, daß Abbotts Buch auch gelesen worden war, weil in diesen seltenen Fällen Zusammenhänge und Einschätzungen des Verfassers zitiert wurden, die für dessen Werk spezifisch waren.

Andere Probleme kommen hinzu: Die Leute werden zitiert nicht für ihre Wahrheiten, sondern für ihre Irrtümer. »Der meistzitierte Soziologe« – das kann auch heißen: der vom Fach gerade besonders heftig abgelehnte Soziologe. Denken Sie an Ulrich Beck. Die meistzitierten Aufsätze in der Naturwissenschaft, sagen meine Kollegen, sind Texte über Färbetechniken oder ähnliches. Das ist eine andere Dimension im Zitierfeld, die aber auch wiederum die Uninterpretierbarkeit dieser sozialen Zahlen deutlich werden läßt. In diesem Beispielfalle wird etwas von jemandem zitiert, der vor wahrscheinlich langer Zeit einfach einen maßstäblichen Standardtext über eine Kohlenstoffmethode publiziert hat, und dies erscheint dann in Zitaten der Art »siehe auch« oder »ich gehe hier nach der Methode sowieso vor«. Es geht hier also um oft mittlerweile trivial gewordene Voraussetzungen des Faches, die keinen Anlaß mehr geben, den Urheber immer noch als besonders dynamischen Forscher auszuweisen. Ob dies einer wirklich ist, kann man nur dann herausfinden, wenn man die Texte selbst liest. Aber das tut man aus den verschiedenen Gründen nicht mehr, und auch deshalb braucht man so viele letztlich uninterpretierbare Zahlen.

Und warum liest man nicht mehr? Unter anderem deshalb, weil man sich in Kontexte begibt, in denen ein Verstehen schwer fällt, weil man nämlich Dinge beurteilen muß, die man nicht kennt. Das ist in jeder Berufungskommission so, und es ist insgesamt ein Effekt des Wachstums im Wissenschaftssystem. Das System wächst und die Ressourcen müssen verteilt werden, und zwar von solchen Leuten, die sich auf Ressourcen-Verteilung spezialisiert haben und gar nicht mehr in der Forschung tätig sind oder nur noch zufällig oder zugeschriebener Weise – in diesem Felde gibt es alle möglichen graduellen Unterschiede.

Dieser Befund ist keineswegs normativ gemeint, und er besagt auch nicht, daß es sich um schlechte Menschen handelt, die so agieren, sondern es ist eine Lagebeschreibung, bei der deutlich wird, daß in dieser Situation solche Leute, die nicht auf Forschung, sondern auf die Verteilung von Ressourcen spezialisiert sind, das Sagen haben. Oder, und das geht oft miteinander einher, es handelt sich um Reputationsträger, die eben weil sie Reputationsträger sind, dann auch für fähig gehalten werden, über andere Forschungen gute Urteile zu fällen, die sie aber eigentlich gar nicht kennen. Und dann werden jene formalen Gesichtspunkte, jene sozialen Zahlen, die beispielsweise die Menge der Aufsätze oder der Zitationen angeben, auf einmal ausschlaggebend, obwohl das natürlich völlig sinnlos ist. Das weiß auch jeder, weil z.B. die Bibliometrie das am besten kritisierte Strukturelement an Hochschulen ist. Dennoch wird sie herangezogen, obwohl die Formalisierung von Reputation wirklich das Dümme ist, was man machen kann.

Es muß also einen sehr starken Grund, geradezu eine Notsituation dafür geben, die es erzwingt, dennoch solche uninterpretierbaren Zahlen für Entscheidungen heranzuziehen. Der eine Grund liegt im bereits erwähnten Mengenwachstum von allem (Forscher, Publikationen, Zitate, Entscheidungen über Mittelvergabe). Der andere ist die damit verbundene, anscheinend unausweichliche Spezialisierung: Die Wissenschaftler spezialisieren sich derart ausschließlich auf ihre Forschungsgebiete, daß sie sich außerhalb des Quadratzentimeters, den sie selber behandeln, nicht mehr auskennen. Das ist keineswegs vorwerfbar, denn wir wollen ja die Spezialisierung. Aber – und das ist das Dilemma – wenn wir Spezialisierung und Größenwachstum haben, schieben wir die Entscheidungsprozesse in Richtung der Nutzung jener nicht interpretierbaren Zahlen. Und warum? Zahlen haben eine sehr gute Eigenschaft. Sie lassen sich sehr leicht nach der Differenz »mehr oder weniger« sortieren, und das ist das Verführerische an Zahlen, daß sie in Entscheidungssituationen in die Form eines Mehr-oder-Weniger-Urteils bringen. Man sieht diese lebenserleichternde Hilfe der Zahlen wunderbar im Gegenbild solcher Situationen, die eben nicht nach jenem Mehr oder Weniger strukturiert sind. So wird es etwa vor Gericht sehr aufwendig, da dort auch Entscheidungen gefällt werden, die nicht dem Mehr-oder-Weniger-Prinzip folgen können.

Demgegenüber besticht die Rechenhaftigkeit durch Leichtverständlichkeit unter dem Strich. Quantifizierung ist also eine Technik, die Entscheidungen deshalb so ungeheuer erleichtert, weil »mehr oder weniger« jede Entscheidung herbeiführen kann, auch wenn die Genese der verglichenen Größen einigermaßen undurchsichtig ist.

Mit anderen Worten: Wie soll Herr Leonhard (Geschichte) denn Herrn Frick (Germanistik) oder Frau Korb (Biologie) den Herrn Reiff (Biologie) verstehen? Und gerade deshalb sind alle oder jedenfalls sehr viele erleichtert, wenn eine Art Vitamin B2-Logik zur Verfügung steht, die sagt, daß vier Millionen mehr sind als Zweihunderttausend und Platz eins besser ist als Platz sieben. Darin verschwinden leicht alle sonstigen Unterschiede. Finnland ist einfach besser als Deutschland im schulischen Bereich, auch wenn die finnische Schule – eine weitere Zahl! – im Durchschnitt nur fünfzig Schüler hat. Das verschwindet in den Rangplätzen. Und je zentralisierter die Entscheidungen sind, desto mehr müssen Dinge miteinander verglichen werden z. B. ganze Länder oder Universitäten, an denen bei näherer Betrachtung besonders die Dinge auffallen könnten, die man gar nicht vergleichen kann.

4

Zuletzt zurück zur Ökonomisierungsfrage. Was haben die geschilderten Zusammenhänge mit ihr zu tun? Alles sind Vorgänge, die praktisch ohne einen Markt auskommen und eigentlich ohne Preise und ohne Begriffe wie Kapital. Man kommt also fast ohne alle Begriffe aus, die zur Beschreibung der Wirtschaft nötig sind, außer dem Begriff der Rechenhaftigkeit. Es findet ein kollektives Rechnen hinweg über sämtliche Bereiche des Lebens statt: das Essen, die Bildung, die Universitäten, die Gefängnisse, alles wird gemessen und es werden Entscheidungen von den Messungen abhängig gemacht, was zu Verhaltensänderungen unabhängig davon führt, wie verlässlich, wie interpretierbar, wie sinnvoll die Messungen erfolgten.

Ich würde das deswegen nicht Ökonomisierung nennen, weil im Grunde genommen das, was hier stattfindet, viel besser zum Begriff der Bürokratisierung paßt. Das soll nicht, heißen, daß Wirtschaft Bürokratie ausschließt. Zwar werden sie oft in Gegensatz zueinander gebracht, aber das ist Ideologie. Natürlich sind große und sogar mittlere Unternehmen Bürokratien. Dem Umkehrschluß hingegen, daß Bürokratisierung als solche ein Indiz für Kommerzialisierung ist, liegt erkennbar ein logischer Fehler zugrunde. Fast möchte man sagen: in dem Maße, in dem Bürokratie ein Phänomen ist, das sich quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche zieht, ist sie ein sozialer Tatbestand sui generis.

Ob man daran etwas ändern kann, ist darum eine ganz andere Frage als die nach der Eindämmung des Kapitalismus. Dafür bietet gerade das Schulsystem ein sehr gutes Beispiel, das ein extrem dezentralisiertes Gebilde darstellt: Es gibt Zigtausende von Schulen, in den Schulen gibt es Hunderttausende von Klassenzimmern, in denen in Form von Milliarden Interaktionen der eigentliche Unterricht stattfindet. Es liegt auf der Hand, daß man dieses Unterrichten nicht steuern kann. Doch ausgerechnet über diesen Schulen werden ständig Programme abgeworfen, ständige Reformen, ständige Organisationsänderungen verfügt, wird ständiges Besserwissen darüber reklamiert, wie Erziehung zu funktionieren hat. Das hat aber nichts mit Kapitalismus zu tun. Ich wäre zwar bereit, den Kapitalismus für alles Mögliche in Anspruch zu nehmen, die Zerstörung des Regenwalds, Kriege um Ressourcen, Ungleichheit, »Warenfetischismus« und vielleicht auch die Entfremdung. Doch warum es mit der Wirtschaft und dem Neoliberalismus zu tun haben soll, wenn staatliche Instanzen und ausführende Beamte sich darauf einlassen, Schulen wie Universitäten auf der Grundlage von Kennziffern zu steuern, erschließt sich mir nicht. Mir scheint das Problem, vor dem wir stehen, als viel größer, als daß man es unter Hinweis auf bekannte Verdächtige in den Blick bekäme.